

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt

Amstliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilsb. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.

Geschäftsstelle: Buddenbergsstr. 11, Fernsprecher 125. — Postfachkonto Köln Nr. 41494.

Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Knaulgenbreis: Im Verbrütungsbeirr 40 Wg. Familienmaße: gen 30 Wg. Stängelänge 25 Wg.; anher bald 50 Wg. für 1 mm Dm. und 33 mm Spaltenbreite; im Reifealter 77 mm Spaltenbreite, 11 mm Höhe 1.75 Wg. Für die Aufnahme von Knaulgen an vorgeliebten Tagen und Plätzen wird keine Gemärd übernommen. Knaulgengebürd wird aufstehend gehalten, an der Stängelung der Stängelgebürd wird nach oben der Stängel gebogen. Wird der bemittelte Absatz bittändig. — Annahme: 10 Wg. von Knaulgen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Maßnahmen für die Erfüllung des Ultimatums.

w. Berlin, 20. Mai. Die Maßnahmen, die sich aus der Annahme des Ultimatums als notwendig erwiesen haben, werden zurzeit von der Reichsregierung vorbereitet. Bei den großen technischen Schwierigkeiten, die namentlich hinsichtlich der die Ausfuhr betreffenden Fragen zu überwinden sind, ist es verständlich, daß endgültige Entscheidungen noch nicht getroffen werden konnten. Mit einer gewissen Unsicherheit wird deshalb der Außenhandel weiter geführt werden. Es kann jedoch gesagt werden, daß diejenigen Veträge, die in Zukunft von einzelnen Entente-Staaten auf die Ausfuhrwerte der deutschen Waren erhoben werden, das Reich in Papiermarkl zurückkassett wird. Die technische Durchführung der Auszahlung steht aber noch einige vorbereitende Verhandlungen voraus, nach deren Abschluß mit der Auszahlung begonnen werden wird. Der Beginn der Auszahlung wird zurzeit bekanntgegeben werden. Auch im übrigen besteht für die an der Ausfuhr beteiligten Wirtschaftskreise kein Anlaß, bei ihren geschäftlichen Maßnahmen Zurückhaltung zu üben, denn soweit es etwa erforderlich sein sollte, Deutschland einen Teil der Ausfuhrwerte zu entrichten, wird dieser Betrag in Papiermark zurückkassett. Ob und wieviel die Reichsregierung bei Aufstellung des Programms, der ihr aus dem Ultimatum erwachsenden Aufgaben, die Heranziehung der Ausfuhrabgabe in Vorschlag bringen muß, wird zurzeit noch geprüft. Es wird aber Vorsorge getroffen, wie dies schon jetzt bei den schon früher geplanten Ausfuhrabgaben geschehen ist, für einen den geschäftlichen Bedürfnissen entsprechenden Uebergangzeit solcher Ausfuhrabgaben zu sorgen. Von der etwaigen neuen Ausfuhrabgabe freigelassen sind die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in handelsüblicher Weise und in handelsüblichen Fristen abgeschlossenen Geschäfte.

Die Urlaubszeit der Reichs- und Staatsbeamten.

Nach § 4 Ziffer 9 des Tarifvertrags für die Angestellten des Reichs- und preussischen Staatsverwaltungen vom 6. November 1920 ist über die Regelung der Urlaubszeit der Angestellten für das Jahr 1921 und die folgenden Jahre eine weitere Vereinbarung geschaffen, durch die § 4 des Manteltariffs nunmehr folgende Fassung erhält: Jedem Angestellten wird, soweit die dienstlichen Verhältnisse es gestatten, im Anschluß an eine ununterbrochene Dienstzeit von mindestens 6 Monaten im Reichs- oder Staatsdienst ein alljährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Gehalts gewährt. Die Urlaubsgewährung erfolgt auch an Angestellten in gekündigter Stellung. Ohne die Gewährung einer Vergütung kann Urlaub bis zu einem Jahr bewilligt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Als solcher gilt auch Fortbildung. Die Urlaubszetten betragen nach einer Dienstzeit von 6 Monaten 7 Kalendertage, nach einem Jahr 14 Tage, nach drei Jahren 17 Tage, nach 5 Jahren 21 Tage; dazu erhalten diejenigen Angestellten, die das 30. bezw. 40. und 50. Lebensjahr vollendet haben, 2 u. 3 Tage. Von 3 bezw. 5 und 7 Tagen. Außerdem tritt ein weiterer Zuschlag von insgesamt 3 Tagen in den den Bescholdungsgruppen 5 bis 8 entsprechenden Versorgungsgruppen ein, ein Zuschlag von 7 Tagen für die 9. bis 12. Gruppe und ein Zuschlag von 14 Tagen für die 13. Gruppe. Diejenigen Angestellten, die auf Veranlassung der Behörde den Urlaub in der Zeit vom 1. November bis 30. April nehmen müssen, erhalten Zuschläge bis zu höchstens 7 Tagen. Die Angestellten mit einer Dienstzeit von mindestens 10 Jahren erhalten denselben Urlaub wie die entsprechenden und gleichartigen Beamten. Das Urlaubsfaktor läuft vom 1. April bis 31. März. Als ständige ist der erste Urlaubstag. Ein durch gelegener Kurverfenthal darf auf den Jahresurlaub nicht angerechnet werden. Bei Befangung der neuen Urlaubsregelung ist jedoch den Angestellten zu erklären, daß das Reichsamt mit der Regelung des diesjährigen Urlaubs vom Ausbruch gebracht hat, daß sie für 1921 genehmigten Urlaubszetten mit wegen der noch andauernden besonders schwierigen Wirtschaftslage zugelassen worden sind, und daß der Urlaub im Jahre 1922 unbedingt einer Kürzung unterzogen werden soll. In diesem Fall würde für das Jahr 1922, da Preußen mit dem Reich für in einer Tarifgemeinschaft befindet, auch eine neue Vereinbarung für die preussischen Beamten zu treffen sein.

Zur schulpolitischen Lage.

WPG. Die Frage des 8. oder 9jährigen Lehrganges der höheren Schule interessierte weiteste Kreise der Eltern und Lehrerschaft, wie die vielen Stimmen und Beiträge zu dem Thema in der Presse und Öffentlichkeit zeigen. U. a. befaßte sich der deutsche Aussch. für Erziehung und Unterricht am 8. und 7. Mai mit dieser Frage. Daß in der Praxis die schon aus gesundheitlichen Gründen empfehlenswerte

Weitere Verschlimmerung der Lage in Oberschlesien.

Belagerte Städte.

w. Dypeln, 21. Mai. Infolge der Zerstörung der Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen durch die Insurgenten ist die Nachrichtenübermittlung aus den großen Industriestädten des Zentralrusslands, soweit sie nicht von den Aufständigen besetzt sind, unmöglich geworden. Heute gelang es dem deutschen Plebiszitkommissar Dr. Urbanek, Dypeln zu erreichen. Der deutsche Plebiszitkommissar erstattete der internationalen Kommission einen eingehenden Bericht, der den ungeheuren Ernst der Lage widerpiegelle. Die belagerten Städte sind auf's schlimmste gefährdet. Es bestätigte sich die Meldung, daß seit dem 20. d. M. abends 9 Uhr die Versorgung der Städte mit Wasser und Licht unmöglich gemacht worden ist. Nach den einlaufenden Nachrichten über den Vorstoß der Polen bei Dsrau ist einwandsfrei festgestellt worden, daß der größte Teil der Angreifer über die polnische Grenze gekommen ist. Die deutschen Verteidiger mußten vorerst zurückweichen; es gelang aber später, den Dr. von den Polen wieder zu befreien und dieselben wieder über die Grenze zurückzudrängen. Die polnischen Militärpostierungen an der Grenze haben die Angreifer ungehindert durchgelassen und haben auch die Zurückweichenden an der Ueberschreitung der Grenze nicht gehindert. Die auf oberflächlichen Gebiet festgenommenen Insurgenten haben übereinstimmend ausgesagt, daß sie im Lager Krotoschin bei Posen zur Teilnahme am Aufstande ausgebildet worden seien. Die Ausbildung sei von einem französischen Major geleitet worden. Vorstöße der Insurgenten in der Gegend von Krappitz wurden zurückgeschlagen. Die Insurgenten mußten sogar mehrere von ihnen besetzten Orte räumen. Die Aufständischen hinterließen einige Geschütze, mehrere Maschinengewehre und andere Waffen.

Polnische Ausdehnungen.

w. Dypeln, 21. Mai. Aus den Kreisen Beuthen, Groß-Strelitz, Gleditz und Cötel werden erneut schwere Ausschreitungen der Insurgenten gemeldet. In Friedensstädte wurden zwei deutsche Beamte von den polnischen Aufwühlern so schwer mißhandelt, daß die lebensgefährliche Verletzungen erlitten haben und ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Alle Versuche der Rehabilitation, die zuständigen Instanzen der interalliierten Kommission zum Einschreiten gegen derartige Mißthaten zu bewegen, sind ohne Erfolg geblieben. Im Kreise Groß-Strelitz wurden zahlreiche deutschgesinnte Oberschlesier verschleppt. Stutendorf wurde von den Aufständischen geplündert. Im Kreise Gleditz wurden deutsche Flüchtlinge, denen die Legitimationspapiere von den polnischen Insurgenten abgenommen worden waren, von französischen Truppen verhaftet.

bb. **Berlin**, 21. Mai. Das Berliner Tageblatt berichtet über eine Reihe empörender Mißhandlungen von Deutschen durch die polnischen Auführer, die sich unter den Augen der französischen Besatzungstruppen, ja sogar unter

13 jährige Schulzeit bis zur Universitätsreife (4 Jahre Grundschule und 9 Jahre höhere Schule) meist herrscht, benehmen die schlagenden statistischen Erhebungen aus Bayern und Welfallen, wo ca. 60 Prozent Schüler erst nach 4 Jahren Vorbildung in die höhere Schule treten. Es ist für uns nicht hart mitgenommene Jugend gewiß nur eine nicht über- sätzte Schulbildung angebracht und förderlich. Das gilt für die Anfangsjahre besonders. Für die Ober- stufe der höheren Lehranstalten aber ist eine Ver- zärzung der Schulzeit ebenso wenig möglich, wie auf einer anderen Stufe, zumal wenn die geplante und notwendige freie Gestaltung des Unterrichts auf der Oberstufe angewandt werden soll und wird. Die wirtschaftliche Notlage darf unter keinen Um- ständen zu einer Verkürzung der Ausbildungszeit- führen, die beste Wirtschaftlichkeit ist die beste Aus- bildung. Der von der höheren Schule zu bewill- ligende Bildungssstoff hat notgedrungen solche Ver- mehrung erfahren, daß zu einer Erlebigung schon jetzt die 9 Jahre kaum mehr ausreichen und eine Beschreibung des Begriffs in allen höheren Schu- len bestimmt übernommen wird. Die Schulreife- stadt darauf hinaus, eine Wochenstundenzahl von 30 Stunden als Norm anzusehen. Diese Maßnahme in Verbindung mit dem zu erwartenden Ausba- einer freien Oberstufe ist untereinander mit der Ver- zärzung der Schulzeit um eine ganze Klasse.

Ein Versuch, den Bildungstoff der höheren Schule in 8 Jahren erledigen zu wollen, mächte zu einer Gesundheitschädigung schlimmster Art für die Schüler führen. Wir sind uns bewußt, hiermit nur auf einige der wichtigsten Gründe hingewiesen zu

Wittkiste französischer Soldaten zutragen. Auf dem Wege von Rogoschitz nach Ratibitz wurde der Gewerkschaftsführer Bomba von den Anführern verhaftet, auf einen Tisch geschlagen und furchtbar geschlagen. Man erschießte ihn, wurde er von den französischen Soldaten an die Polen zurückgegeben. In Ratibitz haben französische Soldaten untätig zugehört, wie aus einem von ihnen besetzten Hause 2 Personen von den Polen verschleppt wurden. Auf Vorkstellungen zweier Gewerkschaftsführer über die ernsthafte Lage in Ratibitz hat General Lerond eine Unterdrückung anordnet.

Hilferuf an das Rote Kreuz.

w. Kattowitz, 21. Mai. Die Deutschen Par
eien und die Gewerkschaften Oberschle
siens haben an die Internationale Vereinigung
vom Roten Kreuz in Genf folgendes Tele
gramm gerichtet:

Oberschlesien wird seit dem 3. Mai auf das Tiefste erfüllt durch den von den Polen entfesselten Aufstand. Morde, Märsereien, Plünderungen, Mißhandlungen furchtbarster Art begleiten diese Tat eines wahnsinnigen Chaubinismus. Hunderte von Männern, Frauen und Kindern schwanden unter den unmöglichen Entbehrungen in der Gefangenschaft der polnischen Rebellen. Tausende von Menschen haben ihre Wohnsitze verlassen, um ihr nacktes Leben zu retten. In den eng eingeschlossenen Städte droht der Hunger. Heute nacht — 18 Tage nach Ausbruch des Aufstandes — steht die friedliche Bevölkerung ohne jede Schutz und ohne jede Hilfe der dazu berufenen interalliierten Kommission. Im Namen der Menschlichkeit rufen wir das Rote Kreuz an, sich der unglücklichen Gefangenen zu erwehren und durch eine neutrale Kommission sofort eine Untersuchungs- und Hilfsweise einzuleiten.

Die deutsche Bevölkerung und die Interalliierte Kommission.

w. Kattowitz, 20. Mai Die deutschen Parteien und Generalfürsten Oberstleutnants haben an die Generaldirektoren der Regierung und Plebiszitskommission zu Göttingen die Generale von Kord und de Marini und Oberstleutnant Percival folgendes Telegramm gerichtet:

Die Oberbayerische Grenzzeitung, die mit ihrer Sonderausgabe vom 1. Mai 1918 das Signal zum vollstündigen Aufbruch gegeben hat, bringt jeden Tag neue aufsehende wahrheitsfällige Artikel und Berichterstattungen. Diese Beschlüsse der Reichsregierung, ohne daß die Zensur diese Zeitungen verbietet oder sonstwie gegen sie einschreift. Zu gleicher Zeit weisen die Zeitungen große Zensurstellen auf und es werden deutsche Zeitungen verboten. Wir wollen der Internationalen Kommission glauben, daß sie infolge ihrer Stellung im Aufstandesgebiet nicht Herr der Lage sein kann. Wir fordern aber von ihr, die den Städten der deutsch gestimmten Bevölkerung gegenüber sehr wohl die Regierungsgewalt auszuüben, welche wir nicht unparteilichkeit. Die bisherige Handhabung der Zensur muß auch den letzten Rest des Vertrauens zu der Internationalen Kommission tödend der noch jetzt etwa in der deutsch gestimmten Bevölkerung vorhanden sein könnte.

haben. Ensthe Zeugnisse und Gründe für den
vergangenen Jahresgang bieten vor allem
Gutachten der Universitäten, so von Freiburg i.
und Münster i. W. Erstere betont — das ist
zu beachten —, in fast allen Fakultätsgutach-
ten die Mängelhaftigkeit, ja Unentschiedenheit der grun-
dlichen sprachlichen Studien und Vorbildung,
besonders des Lateinischen, für das Studi-
um und die Anforderungen der Hochschule in Zuri-
ch, wie Medizin, Theologie und Philosophie.
Universitätsdozenten sind sich einig, daß die An-
forderungen bezügl. die Leistungen der höheren Schu-
len nicht niedriger gestellt noch durch Verklärung
schon früher bedroht werden dürfe. So hat auch
Vernarberrschung der Dozenten der Univer-
sität Münster am 30. 4. 21 folgende Entsch-
kuna einstimmig angenommen:

Die erhöhten Anforderungen, welche
frühere Zeit der wirtschaftlichen und geist-
lichen Erneuerung an die Leistungsfähigkeit der
Schule wote der auf die vorbereitenden Schu-
len gestellt, können nur dann erfüllt werden, wenn
normaler Belegung des Gymnasiums
der ihm gleichgeordneten Schulen der von 10
Jahren festgehalten wird. Eine Verkürzung
Schulzeit ist nur für einzelne ungenügend
gegeben Schüler zu gestatten, für diese aber
gleich zu empfehlen, und zwar soll die Möglichkeit
dazu nicht nur innerhalb der 4-jährigen Ver-
schule gegeben werden, sondern ebenso gut an
früheren Stelle, wie es der Entwicklungs-
gang einzelnen nach dem Urtheil seiner Lehrer
schon bestimmt magt.

Bestellte Arbeit.

Die große Ausfrage in der französischen Deputirtenkammer hat mit heftigen Angriffen gegen den Ministerpräsidenten Brand begonnen. Wenn man die kammernde Embrörung liest, mit der zum Beispiel Andre Tarbien, der Marquis Baudry d'Assis und der Radikale Margaine auf Brand, Blot George und Deutschland loschlügen, könnte man zu der Auffassung kommen, daß das alles blutige Ernst sei. Es ist ja auch keine Frage, daß die Gesetzgebung des gesamten französischen Volks zum nicht geringen Teil in jenen Aufwandsfällen ihren entsprechenden Ausdruck findet. Es ist aber doch verfehlt, annehmen zu wollen, daß jeder Mensch in ganz Frankreich von demselben Gefühl befeelt ist, und weiter nichts zu tun hat als tagtäglich von neuem mit der Schmach der gesamten übrigen Welt zu explozieren. Die Aufregung ist zum Teil wohl echt, zum andern Teil aber stichförmig ebenso gekünstelt und befehlungsartig.

Briand bedarf in seinem Kampf mit An-
 George, der zuerst im Stillen hinter den Kul-
 ausgefochten wurde. Jetzt aber vor aller Desseint-
 keit, einer moralischen Stärkung durch die eige-
 nige Vertretung, und zu diesem Zweck hat er
 die Interpellation mit den scharfen Angriffen
 stellt. Die Franzosen haben wiederholt in ih-
 re Reden mit England, stets mit Erfolg,
 Waffe zu gebrauchen verstanden, die für sie
 solchen erregten Kammerdebatten liegt. Briand
 hat in seinen verschiedenen Besprechungen
 wohl George immer darauf hinweisen können,
 daß er sich selbst der heftigsten Angriffe wegen
 seiner Mäßigkeit nur schwer erwehren und hin-
 ter ihm drohend ein Ministerium
 vor sich sehe, das mit ganz anderen Ge-
 nüssen arbeiten werde, als er, wenn es an se-
 stelle trete. Für die Engländer wird Poine-
 ungefähr dieselbe Rolle zugefallen, wie Ban-
 Gern in Shakespeares „Macbeth“. Wenn man
 für Frankreich etwas Besonderes herauszuho-
 ist, erscheint das Gespenst Poincaré mit droh-
 aufgereiter geballter Faust im Hintergrund.
 bezeichnend aber für die ganze Auffassung der
 der Franzosen ist die Rede des radikalen Mi-
 nne, der den „polnischen Geld-Korruption“ be-
 gann setzte. Diese Aeußerung, die einen
 mischen Verfall in der Kammer entseufte,
 dient zusammengehalten zu werden mit der
 selben Stunde stattgehabten Kundgebung des
 nischen Reichstags, wo ebenfalls Frankreich
 Korruption bestraft gefeiert wurde. Das po-
 gerade in England, Italien und Amerika zu
 stem Nachdenken anregen, denn nichts kann da-
 lichen das völlige Einverständnis zwischen
 heißen klar legen. Es geht ja außerdem aus
 Genüge aus der bestimmten Erklärung Briand
 an Lord Hardinge hervor, daß allerdings Fran-
 reich sofort das Stützgebiet besetzen werde,
 Deutschland Reichswehrtruppen oder auch nur
 fess und Munition zur Unterstützung der deut-
 schen Selbstschutzorganisation nach Oberschlesien sen-
 sollte. Nach diesen Aeußerungen kann auch
 diejenigen Europäer oder Amerikaner, die bis
 absichtlich nicht haben hören und sehen wollen,
 Möglichkeit mehr bestehen, sich weiter Augen
 Ohren zu verschließen. Es muß jedem die
 kenntnis ausgehen, daß Frankreich und
 len sehr entschlossen sind, bis zum
 Herzen zu gehen. Ein Glied in dieser
 ist die Ausdrucksweise in der französischen Kam-
 die Briand das gewünschte Material und die
 forderliche Rückendeckung in seinem Briefe
 mit wohl George liefern soll. Wird nun
 fest bleiben oder uns abermals gegen neue
 gesandnisse Frankreichs in Asien oder Kon-
 pretsgehen?

Die Debatte in der französischen Kammer durch eine Beratungspause unterbrochen, den, die ziemlich überraschend gewirkt hat. Anschein nach soll die Zwischensitz bis Dienstag benutzt werden, um den Ministerpräsidenten von Frankreich und England Gelegenheit zu vertraulichen persönlichen Aussprache zu geben. Der Verlagsbeschluss der französischen Kammer bestätigt also unsere Auffassung, dass die Debatte bestellte Arbeit gewesen ist, um auf Engländer Eindruck zu machen. Die beiden Tage der Debatte haben diesen ihren Zweck insofern erfüllt, als in der Hauptache Stimmung für die schärfste Tonart gegen Deutschland gegen jede Nachgiebigkeit gemacht worden ist. mentlich am Freitag ist in dem Abgeord-

Verstellung
Blätter der roten Erde

පොදු. 23. ඔබ.

In der Vollversammlung der Handelskammer zu Bogen am 20. Mai 1921 wurden als Sachverständige angefast und vereidigt: der Dipl. Kaufmann Bernhard Schmidt in Bitten als Vögerrevijor, der Vridtst J. Clemen s in Bitten als Sachverständiger für die Prüfung und Abnahme von Holzarten aller Art, von Ton-, Kalf- und Steinmaterialien, von Metallbedachungen, Kunstschmiedeeisen- und Kunstgußarbeiten, der Kaufmann Karl Kleine in Bogen als Sachverständiger für den Handel mit Lebens- und Futtermitteln, Meis und Tabakwaren.

von Industrie und Handel des Bezirks ergab ein wenig hoffnungsvolles Bild. Es kam allseitig zum Ausdruck, daß abgesehen von der allgemeinen Absatzstörung in vielen Industriezweigen zur Zeit die politische Lage und die Zolllinie am Rhein mit ihren Begleitermeinungen denkbar ungünstig auf das Wirtschaftsleben einwirkten. Die sich unterstützenden Bestimmungen sowohl von deutscher als auch von Verbandsseite über den Warenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet, die oft willkürliche Zollbanhabung, die Verordnungen über Eins- und Ausfuhrbeschränkungen, dagegen endlich die neuerdings vorgegriffene Zulaufseignung tragen eine vollständige Unsicherheit in das ganze Verlangsgeschäft. Es wurde darauf hingewiesen, daß nach wie vor alle bezirksangehörigen Firmen in der Zollauskunftsstelle der Handelskammer über alle mit den neuen Zollbestimmungen zusammenhängenden Fragen unentgeltlich die nötige Aufklärung erhalten können.

In der weiteren Aussprache wurde unter anderem einer Anregung des Arbeitsamtes der Stadt Bodum, schulpflichtige Personen, die das 14. Lebensjahr bereits erreicht haben, als Gehrlinge nicht vor Ablauf des Schuljahres einzustellen, zugestimmt und der Beschluß gefaßt, auf die Firmen des Handelskammerbezirks entsprechend einzuwirken.

Der Verein der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserfachmänner Rheinlands und Westfalens hielt seine Frühjahrsversammlung am Samstag im Parkhause ab. Der Vorsitzende, Stadt- rat Kräsmann, Bochum, entbot das Willkom- men und leitete die Verhandlungen mit geschäft- lichen Mittheilungen ein. Die Versammlung stimmte unter lebhaftem Beifall der Ernennung des Direk- tors a. D. Fritz Kordt, Düsseldorf, dessen große Verdienste um den Verein der Vorsitzende betonte zum Ehrenmitglied zu. Herr Kordt gab seinem Dank in schlichten herzlichen Worten Ausdruck. Er hob hervor, daß er sich keine schönere Ehrgung den- ken könne, als eine Ehrgung durch Fachkollegen. Wen- gigen sehr schweren Zeiten entgegen, und es sei- sichtig, daß die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk- zu schweren Leistungen herangezogen würden. Er sei- gewiß, daß die Werke den Aufgaben gerecht werden würden; und was ihn betreffe, so wolle er gern mitwirken, soweit es ihm eben möglich sei. Diefes- Tag, an dem ihm die Ehrgung durch seine Fachge- nossen zuteil werde, werde er als einen der schön- sten seines Lebens betrachten. Oberbürgermeister- Graf begrüßte die Versammlung namens der Stadt Bochum und ihrer Verwaltung. Er gab den Freude darüber Ausdruck, daß der Verein seine Tagung in Bochum abhalte und wies darauf hin, wie in Bochum alles gehehe, was im Interesse der Wirtschaft und Gesundheitspflege insbes. auf den Ausbau der Werke erforderlich sei. Rechnungsablag- und Fessigung des Haushaltungsplans wurden glatt erledigt, für das Gasinstitut, Lehr- und Versuchsanstalt, wurde ein Betrag bewilligt. Direktor Hof- feldt, Neuß, und der Vorsitzende besprachen kurz die Verwenbung von Einrichtungen, Druckfaden- und dergleichen für Messzwecke. Als Tagungs- ort für die Herbstversammlung, die am 24. September der Stadtfriden wird, wurde Deenhaußen bestimmt.

Im Laufe der Verhandlungen begrüßte der Vorsitzende den Direktor Moser vom Kohlen Syndikat, der sich über die

aufträte: Er habe gehofft, der Versammlung bezüg-
lich der Kohlenlieferungen etwas Erfreuliches sagen
zu können, besonders, weil die Förderung im
Februar und März einen erfreulichen Aufschwung
zu verzeichnen hatte. Es sei einigermaßen möglich
gewesen, den Bedarf im Winter zu decken. Als
Wünsche der Werke habe man allerdings nicht er-
füllen können, namentlich nicht inbezug auf die
Qualität der Kohle. Auf Grund der gefundenen Wei-
terentwicklung in der Februar- und März-Förde-
rung sei auch gehofft worden, Vorratsmengen schäp-
fen zu können. Selber sei aber seit Anfang April
ein bedeutender Förderausfall zu verzeichnen. Der
Redner erinnerte an die Schwierigkeiten wegen des
Ueberschichtensabkommens; leider seien die Verhand-
lungen dahin ausgefallen, daß Ueberschichten nicht
mehr verfahren werden. Dadurch sei ein bedeutender
Ausfall in der Förderung zu verzeichnen. Es
bestehe aber die Hoffnung, daß, wenn freiwillige
Meßförderung eingelegt werde und wenn nicht neu-
Umrufe in die Arbeiterschaft getragen werde, eine
Besserung eintrete. Das Ruhrgebiet müsse auch
etwas für den Förderungsausfall in Oberschlesien
eindrücken. Es sei immerhin eine Menge, die für
Oberschlesien geliefert werden müsse. Im Augenblick
würde alles zusammen, so daß sich das Syndikat in
größter Verlegenheit befinde. Die unglücklichen Ver-
bandslieferungen machten von Tag zu Tag größere
Sorgen; der Verband stelle die größten Anforderungen
an die Qualität der Kohle. Als Beruhigung
konne er den Leitern der Gas- und Elektrizitätswerke
sagen, daß diese Werke neben den Entente-Lieferun-
gen und der Eisenbahn im Versorgungspro-
gramm an erster Stelle stehen. Es werde aber

Nach Erledigung der Tagesordnung hielt Oberingenieur Kleinholz, Dahlhausen, einen Vortrag über Kammeröfen mit Zentralgeneratoren in kleineren Gaswerken.

Später vereinigten sich die Teilnehmer bei einem Mahl. Der prächtige Maienitag bot ihnen Gelegenheit, die Schönheiten des Stadtparks zu genießen.

lautet das Thema, über das am Sonnabend Herr Rektor **S u r m a n n** in der Bezirksvereinsversammlung Ehrenfeld der Deutschen Volkspartei sprach:

„Die Frage der Einheitschule ist heute die der Schulfrage geworden die aber über den Rahmen des Fachinteresses schon weit hinausgewachsen ist. Bei der Bedachtsamkeit dieser Frage ist unbedingte Klarheit erforderlich die aber in weiten Kreisen und nicht zuletzt auch bei Schulumännern noch fehlt. Unter Einheitschule denkt sich fast ein jeder etwas anderes, und tendenziös hineingelegene politische und religiöse Probleme verunfärbten den eigentlichen Kern. Wesentlich bei der Einheitschule sind vier Punkte:

1. Die Frage der äußeren Einheit. Auf eine Grundschule von 4 Jahrgängen bauen sich die verschiedenen Schulsysteme auf. Bei uns in Westfalen hat sich kein Kampf wie in anderen Reichsgebieten um diese Grundschule abgepiegelt, weil hier die Einrichtung von sogenannten Vorschulen die reine Ständeschulen waren, fast unbekannt ist. Die Einheitsschule bricht mit den bisherigen Vorurteilen von höheren und niederen Schulen. Die verschiedenen Schulsysteme sind nicht einander über-, sondern nebengeordnet. Sie vermitteln nicht eine gleichartige, aber eine gleichwertige Bildung, indem bei Gymnasien und Realgymnasien mehr auf intellektuelle, bei Real- und Volksschulen mehr auf praktisch-technische Fähigkeiten und Kenntnisse Wert gelegt wird.

2. Die innere Organisation. Wishes-
bestand zwischen den sogenannten höheren und
niederen Schulen keine Verbindung und damit auch
keine Uebergangsmöglichkeit von einem Schul-
system in ein anderes. Es mußte stets wieder
unter beginnen werden. Durch eine gewisse Un-
gleichheit der Lehrpläne soll nun erreicht werden,
daß alle eulänge möglich, wenn auch nicht zum
Norm werden. Bei der Volksschule ließe sich
das durch parallele Sprachfächer oder durch eine
Aufbauschule erreichen. Sehr erwünscht ist auch
ein möglichst weites Hinausgreifen der Berufswahl
um Mischgüte zu vermeiden.

3. Einheit in der Verwaltung. Wishes-
bervolligten Provinzialschulcollegium und Regie-
rung ganz getrennt, neben- und gegeneinander.
Eine zusammenfassende Oberverwaltung, der alle
Schularten unterstehen, würde diese Mischstände be-
seitigen.

4. Der einheitliche Lehrstand. In der für die schwierigste Punkt. Bisher war die Volksschulfehrerbildung eine vollständig isolierte, die das Umstatten ziemlich ausschloß. Dem wäre abzuheffen, indem zunächst für alle werdenden Lehrer die Weisungszeit verlangt würde und dann erst die Berufsausbildung einsetzte. — Ein sehr heikler Punkt ist die Ansehe der Tüchtigen oder Begabten, d. h. der intellektuell Begabten, während man die anderen Schüler als mehr praktisch-nützliche Begabte bezeichnen muß. Es gibt kein abschließendes Mittel, die intellektuell Begabten herauszufinden, auch nicht durch physiologische Experimente der Intelligenzprüfungen, weil es eben bei der Benennung weniger auf Intellekt als auf Willen ankommt, der sich experimentell nicht messen läßt.“

Inzwischen sprach der Redner dann noch von
über die weltliche und geistliche Schule, morali-
in diesem Wahl schon des öfteren die Rede ge-
wesen ist. Die weltlich interessanten und anschau-
entwickelnden Gedanken hätten ein sehr viel größer-
Publikum verdient. — Den Vorständen der W-
zirkvereine möchte aus Herz geortet werden, an
einem akademischen Viertel nicht d. z. zu machen.
Wenn die Gasse wissen, daß bestimmt pünktlich
begonnen wird, werden sie sich schon zeitig ein-
finden. R. N.

Ueber den Besuch des Berliner Lehrer-Vereins wird uns noch mitgeteilt:

Die berühmten Sänger von der Spree schied mit den besten Einordnen über unsere Stadt aus Bochum. Am Konzertnachmittag wurden die

Herrn vom Vorstand des M.-G.-B. „Schlagel u. Effen“ am Hauptbahnhof empfangen und in drei Gruppen durch die Stadt geführt. Ein Teil besichtigte die Vergesshule unter Leitung des Herrn Bergasseffors Grah, ein anderer die Knappschütz und die dritte Gruppe den Stadtpark, wo sich um 5 Uhr alle Sänger zu gemeinschaftlichen Kaffeetrinken trafen. Weiters begeistert war man von unserem Part und Professor Kadel äußerte, daß er bestimmt schon morgens nach Bochum fahren fei, wenn er von der Schönheit unserer Partes nur eine Meinung gehabt hätte. Nach der Konfektion trafen sich die beiden Vereine in einem gemeinlichen Abendessen im großen Saal des Bohumer Hofes, der daö dicht beiegt war. Der Vorsitzende des M.-G.-B. „Schlagel u. Effen“ Herr Schenemann begrüßte die Berliner Gesangsbrüder aufs herzlichste, dankte dem Ehrenmitglied Stadtrat Stumpf, als Vertreter der Stadt für das Erscheinen und schloß mit einem Hoch auf das deutsche Lied. Im Namen der Stadt erging dann Stadtrat Stumpf das Wort zu längeren eindrudtlicher Ansprache. Er gab der Freude Ausdruck, daß Bochum als einzige Stadt Westfalens die Berliner Sänger zu Besuch habe und wies auf hin, daß Bochum in industrieller Beziehung im Begriff stehe, sich einen ersten Plak zu verschaffen, das man auch in künstlerischen Beziehungen, nicht zulest auf dem Gebiete des Männerchores, längst mit Hochachtung von uns spräche. Seine Worte klangen aus in ein Hoch auf die Berliner Lehrergesangsverein und seinem gemaußten Führer Professor Kidel. Der Vorsitzende des Berliner, Herr Braunert, feierte den Bruderverein „Schlagel u. Effen“ und seinen Dirigenten Musikdirektor H. Hoffmann. Er wies auf die eigenmächtige Vorarbeit des Vereins in Bochum hin und ernannte die Vorstandsmitglieder Dr. Schenemann, Lehrer K. Brüllagestrat, Buchhändler Böhr und Bildhauermeister Böde durch Uebersendung des Berliner Vereinsabzeichens zu Mitgliedern des Berliner Lehrergesangsvereins für ihre besonderen Leistungen. Der Abend wurde noch

gefüllt durch Vorträge des M.-G.-B., Schlägel und Eisen", dessen Leistungen mit begeistertem Beifall aufgenommen wurden. Darauf wurden die Berliner zum Wahnsinn geleitet, wo die Gomer noch das "Alte Vergamannislied" sangen und die Berliner mit dem Volkslied: "Weh, daß wir scheiden müssen" antworteten. So endete der in allen Teilen befriedigende Aufenthalt der Berliner Lehrer in Bochums Mauer.

X Vom Landesarbeitsamt. Die Abteilung Bergbau des Landesarbeitsamtes Westfalen und Lippe hat ihre Büroräume von Viktoriasstraße 12 nach Kattseferstraße 14 verlegt. Die Dienststunden bleiben wie bisher.

8 **Adreßbuch der rhein.-westf. Industrie.** Die „Ma“, Essen, Selmastraße 18, läßt, wie wir erfahren, unter Mitwirkung der führenden wirtschaftlichen Verbände und der bedeutendsten Handelskammern Rheinlands-Westfalens ein Adreßbuch der Rheinisch-Westfälischen Industrie erscheinen, das eine geschlossene Darstellung der rheinisch-westfälischen Industrie zu werden verspricht und somit herufen ist, eine empfindliche Lücke der deutschen Adreßbuch-Literatur auszufüllen. Um der Bodumer Industrie die ihr gebührende Berücksichtigung zu verschaffen, empfiehlt es sich, die der Geschäftswelt voranschicklich in nächster Zeit vorliegenden Fragebogen recht sorgsam zu behandeln, zumal die Eintragungen im redaktionellen Teil des Adreßbuches vollständig kostenlos sind.

★ **Steuerabzug vom Arbeitslohn.** Das hiesige Finanzamt stellt uns mit: In letzter Zeit häufiger auftretende Fragen geben Anlaß, darauf hinzuweisen, daß bis auf weiteres besondere Entlohnungsregeln für Arbeiten, die über die für den Betrieb regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet werden, von dem Steuerabzug befreit sind. Die Steuerbefreiung dieser Entlohnungen wird hierdurch nicht berührt und gelangt bis zum Erlaß der geplanten vereinfachten Bestimmungen über die Einkommensteuer von Lohn und Gehalt im Wege der Veranlagung zur Geltung. Als besondere Entlohnungen gelten die für Ueberstunden, Ueberdrittungen, Sonntagsarbeit und für sonstige über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehende Arbeitsleistungen gezahlten Entschädigungen. Die regelmäßige Arbeitswoche umfaßt hierbei zu 6 Arbeitstagen, der Monat zu 25 Arbeitstagen und das Jahr zu 300 Arbeitstagen.

Verlegung von kaiserlichen Dienststellen. Folgende Dienststellen des Stadthauses werden von Viktoriastraße 6 nach dem Verwaltungsgebäude an der Transtasse verlegt: Am 23. und 24. Mai das Vermessungs- und Auflassungsamt, am 25. Mai das Grundstücksamt, am 27. Mai das Straßenbauamt und Verkehrsbauamt, am 28. und 30. Mai das Hauptpolizeiamt und am 31. Mai das Stadterweiterungsamt und das Baugerätungs- und Neubauamt.

4. Einfuhrfreiste. Wie die Handelskammer zu Bremen mittheilt, sind nach Mittelung des Einfuhramts in Bad Ems die in der Einfuhrfreiste (Zusammenstellung der ohne Einfuhrbewilligung zur Einfuhr zugelassenen Waren) nach dem Stande vom 7. April 1921 aufgeführten Waren s a m t i c h o h n e Einfuhrbewilligung aus dem unbeflegten ins belegte Gebiet zugelassen. Die Einfuhrfreiste ist vom Reichsbeamtenträger für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr herausgegeben. Besonders kommen für die freie Einfuhr befreite/deswegen folgende Waren in Frage: Weizen, Reis, Bohnen, Erbsen, Binsen, Raps, Getreide, Rüben und Möhren, Spinnstoffe, Baumwool, Hanf, Gemüse, Spargel, Salat, Spinaat, Khabarber, Erdbeeren, getrocknetes Obst, Kakao, Eschschäfen, Pfeffer, Art, Geflügel, lebend oder getödtete Schweine, Fische, lebend oder frische, Amandeln und Teln, Hartkäse, Eier. Nähere Auskunft erteilt das Einfuhramt in Bad Ems, an das Verfrachter zu verweisen sind. Weitere Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle der Handelskammer.

* Landwirte und Milchbewirtschaftung. Die Interessengemeinschaft der Landwirte erklärte bei Stellungnahme zur neuen Milchbewirtschaftung den Wert der Milchreservierung für Bezugsberechtigte an. Sie hielt Lieferungsverträge, die einer Zwangswirtschaft gleichkommen, für verwerflich aus Gründen, die sich aus der Zwangswirtschaft ergäben. Das Verbot mit einer Strafandrohung die Milch anderwärts, als die vorgeschriebenen Stellen zu liefern, würde bei Preisen, die um etwa 20 bis 40 Prozent höher seien als die für importierte Milch, die hiesige Milch befriedigend zumarktmenschen können. Sehr wichtig sei es, daß jedem Lieferanten gestattet sein muß, die Milch an Bezugsberechtigte frei aus dem Hause mit Kleinhandelspreisen zu verkaufen.

X Unser Brot. Das Mischungsverhältnis für die Woche vom 22. bis 28. Mat. b. A. ist wie folgt festgelegt: Graubrot: 40 Prozent Weizenmehl, 40 Proz. Roggenmehl, 10 Proz. Gerstenmehl, 10 Prozent Weizenanfaismehl, 10 Prozent Weizenmehl, 1/4 85 prozentiges Weizenmehl, 1/4 65 prozentiges Weizenmehl. Zwieback: 65 prozentiges Weizenmehl.

Der Verband vaterländischer Vereine, der beim Gelingen der Kaiserin sein Beisein ausgesprochen hatte, ist das nachfolgende Schreiben zugegangen: „Seine Majestät der Kaiser haben mich beauftragt, dem Verband vaterländischer Vereine Huldigung für die wohlthunende Teilnahme von Herzogin zu sagen. v. Berg, Marktlernen, Wrtzl. Gel. Rat.“

—* Aus der ev. Jugendarbeit. Am 28. Märgen hatten sich in Kassel auf der Wilhelmshöhe etwa 4000 Führer der ev. Jünglings- und Männervereine aus ganz Deutschland zu einer Nationalkonferenz zusammengefunden, um die wichtigsten Fragen der neueren Jugendführung zu raten. Im Vordergrund der ganzen Tagungsarbeit stand die neuerdings auch im Wartburgverein zum Leben gesehene Pfadfinderbewegung. Dazu wird uns von einem Teilnehmer geschrieben: Unsere Jugend und Jungmänner müssen wieder, wenn überhaupt der Jugend geholfen werden soll, auf neuen und doch alten Pfaden zu Heimat geführt werden. Ganze Charaktereigenschaften, Persönlichkeiten, die wissen, was sie wollen und wollen, was sie wissen, brauchen in unserer Jugendbewegung, braucht unser Volk und Vaterland. Solche heranzubilden soll die Hauptaufgabe der Pfadfinder, der gesamten Jünglings- und Männervereinsarbeit sein. Die Nationalkonferenz war eine gewaltige Kundgebung der deutschen Jungmännlichkeit. Verbunden mit der Konferenz war ein Wettrennen der besten Jungs aus den einzelnen Vereinen. Hier zeigte es sich auch in dieser Hinsicht in den christlichen Vereinen gearbeitet wird. Aus dem Vorummarsch des Wartburgvereins konnten Fritz Müller und der 1. Stufe mit 47 Punkten als 4. Sieger, und August Hoffeld in der 2. Stufe mit 52 Punkten

Punkten als 3. Sieger heimkehren. Wie im vorigen, so kann der Wartburgverein auch in diesem Jahre einer Anzahl seiner Mitglieder einen nützlichen Aufenthalt wenig Geld an der Nordsee beschaffen. Die Ersten im vorigen Jahre zurückkehrten, haben wir im Stillen die Hoffnung, daß wir in diesem Jahre dort unser eigenes Heim haben wollen. Der Bauplan dazu ist uns geschenkt. Die ersten 20 000 Mark sind auch da. Wer möchte uns noch helfen, daß wir im nächsten Jahre die gleiche Zahl dort im eigenen Heim beherbergen können? Für die Knabenabteilung und die jungen Mitglieder, die noch nicht über einen längeren Urlaub verfügen können, haben wir im Teuburger Warde, am Fuße des Hermannsberges, ein Ferienlager aufgeschlagen. Es soll den jungen Mitgliedern eine Freizeit von 14 Tagen geschaffen werden, wo sie sich einmal von Robtenstaub und Erregnissen erholen können.

3. **Schützt die Parianlagen und Schmuck.** Die Zeit der schönsten Blumenpracht ist gekommen, da hat auch unser Gartenamt wieder begonnen, Anlagen in allen Stadttheilen neu zu bepflanzen. Die Beete der Schmuckplätze neu zu bepflanzen, mit sie nun den Sommer über im Blumenprangen können. Aber kaum hat man sich all Pracht erfreut, so muß man sehen, wie Hände hier mit ihrer Fortsitzerarbeit beginn. Von Baum und Strauch werden ganze Wälder abgeräumt und in den Blumenbeeten fliegen g. Abfällen. Es ist geradezu ein Verbrechen und nicht hart genug gerügt werden, wenn ein Mensch sich an dem herrlichen wollen, was Allgemeinheit gehört. An dem Raubzuge, den die Blumenpracht in unseren öffentlichen Anlagen allförmlich geführt wird, betheilig sich die gewerbsmäßigen Spitzbuben lieber auch ein. Der Prozentgast des Publikums, der gewöhnlich zur Unethiklichkeit neigt und diesem Zug der öffentlichen Anlagen in sehr ärgerlicher fröhnt. Jeder, der sich an der Frühlingspracht freut, sollte bedenken, daß er Niemanden gleiche Freude rauben darf. Egen die Un der gefäßlossten rohen Menschen kann es aber besseres Mittel geben, als daß der heilere Teil Spaziergänger mehr als jetzt die Aufsicht über Anlagen mit überhimmelt und praktisch aus. Denn es ist heute ausgeschlossen, daß überall städtischpersonal den Schutz der Anlagen überne und Ordnung halten kann.

a. Soziale Fürsorge für die Polizeibeamten. Die soziale Fürsorge der Polizeibeamtschaft ist im diesjährigen Haushaltsplan der Polizeiverwaltung als bestmögliche Mittel zur Verfügung gestellt worden. Der Aliment und Unterhaltung von Genußkreisen, die von Beamtensparten und Beamtenkassen; der Reichspost- und Telegraphenverwaltung errichtet werden, ist ein Betrag von 10 Mark ausgemessen. Die Krankenkassen, die nicht tranfertenversicherungspflichtigen Polizeitelegraphenbeamten des unteren Dienstes fordern den erheblichen Zuschuß von 6 Millionen Mark. Für die Abfertigung von territorialen Kursen zur fachwissenschaftlichen Bildung der Beamten sind Vergütungen von 6 Mark vorgesehen. An Beihilfen zur Förderung Kleinkunst ist ein Betrag von 500 000 Mk. bewilligt worden. Eine bedeutende Erhöhung haben die Ausgaben der reisefähigen Krankenversicherung sowie der Invaliden- und Angefaltversicherung erfahren. Sie betragen 30 Millionen Mark gegen 4 Millionen Mark im Vorjahre. Der Gesamtbedarf des Personalergänzungsgeldes für Pensionäre auf 120 Millionen Mark für Hinterbliebene auf 90 Millionen Mark. Die Errichtung und Ankauf von Wohngebäuden für gering besoldete Beamte sind 20 Millionen und 10 Millionen Mark für Beteiligung an Errichtung von Baugeldern für Wohnungsbau der Angehörigen der Polizeiverwaltung zugute kommen.

in Wiesenthalen. Die Jugendgruppe
Deutscher Volkspartei Wiesenthal
sammelte sich Donnerstag, 19. d. Mts. im Be-
heim Philipp. Nach Eröffnung durch den 1.
sitzenden machte Herr Winkhaus einige An-
regungen über die jetzige politische Lage, an
eine rege Aussprache ansetz. Nach einigen ge-
lächlichen Mittheilungen kam der unterhaltende Teil
und ganz zur Geltung.

Der Zirkus Schumann hatte bei seinen Vorstellungen Massenbesuch zu verzeichnen. Die bunte Folge von Darbietungen mannigfaltig unterteilt die Zuschauerschaft. Pferdebesessene Direktoren, Jockeys und die von ihm auf prächtigen Braunen gerittene hohe Schule den besonderen Bessall. Auch mehrere Damen steten Vortreffliches in der Kunst des Reitens der Dressur. Köstliche Akrobaten am Seil und am Trapez, Turnkünstler am drei Red, lustige musikalische Darbietungen eines Lerpaars und außergewöhnliche Leistungen wanderer Springer seien aus dem Gedächtnis vorgehoben. Die Spazmacher des Zirkus viel W.

* 4. Garde-Regiment zu Fuß. Am 28. abends 7½ Uhr stündet in Gagen i. B. im Keller eine Zusammenkunft des „Vereins der meraden des ehem. 4. Garde-Regiments zu Gruppe Westfalen-Rheinland“, statt, die den denten des alten blauen Regiments und im Kampfe für das Vaterland gefallenen gewidmet sein soll.

Polizeibehörde. Bei Einführungen in
gefallen: Aus einem Stallgebäude in der G
straße ein Hahn und zwei Hühner; aus ein
schäft in der Überstraße zwei Paar Enten.
Dernst ist aus einer Kasse in Weimar ein
rad (Tourant) gekohlen worden. — Zu
zeige gelangten: Eine Person wegen Diebstahls
Personen wegen Uebertretung des § 361 A., —
genommen wurden: Eine Person wegen
hahls; drei Personen wegen Umhertreibens —
Str.-G.-B.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 1.— M. bei Vorauszahlung

[illegible]

Dienstag, den 24. Mai, abends 6 Uhr

Wirt Schiffmann, Woltemarkt,
Mittwoch, den 25. Mai, abends 6 Uhr
Wirt Walkenhol, Klosterstraße,
Freitag, den 27. Mai, abends 6 Uhr,
Wirt Bredenbröcker, Westfalenplatz, Ver-
trauenspersonenkonferenzen, zu be-
stimmten Tagen, zu denen die be-
treffenden Vertrauenspersonen der einzelnen
Gewerkschaften unbedingt erscheinen müssen.

der Grenzlinie